Herr Hennig erinnerte daran, dass alle Fraktionen über den Ortstermin schriftlich informiert worden seien. Die vom Ausschuss in der Januar-Sitzung vorgebrachten Vorschläge zur Schlossstraße seien mit dem Landesbetrieb unter Beteiligung der Kreispolizeibehörde diskutiert worden. Diese halten eine Mittelinsel für nicht sinnvoll.

Frau Borowski von der SPD-Fraktion bedankte sich bei der Verwaltung für ihr Bemühen. Es seien aber aus ihrer Sicht einige Punkte bei dem Ortstermin wohl nicht angesprochen worden bzw. seien im Schreiben der Verwaltung nicht erwähnt. Zum einen seien es die von Herrn Metz in der letzten Sitzung angesprochenen Berliner Kissen. Die Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h sei auch nicht aufgeführt sowie das Anbringen von Reflektoren an den Verengungsstellen. Hierzu bat sie noch um Stellungnahme. Sie wies auf die im Schreiben genannte Aussage, dass in der Schlossstraße gelegentlich Überwachungen durch die Polizei erfolgen. Seit der Einrichtung der Verkehrsengung seien laut Auskünfte der Anwohner keine Überwachungen erfolgt. Insgesamt empfinde sie die Antwort des Landesbetriebes als unbefriedigend. Fraktionsübergreifend sei man sich einig gewesen, dass etwas getan werden müsse.

Auch Herr Puffe von der CDU-Fraktion bedankte sich bei der Verwaltung für das Durchführen der Gespräche und die danach erfolgte Information der Fraktionen. Man sei sich aber mit den anderen Fraktionen einig, dass das sehr unbefriedigend sei. Aus seiner Sicht habe die Verwaltung aber alles getan, was in ihrer Macht stehe.

An dieser Stelle machte der Ausschussvorsitzende den Vorschlag, zu einer der nächsten Sitzungen einen Vertreter des Landesbetriebes Straßen einzuladen, um mit ihm diesen Themenkomplex neben weiteren Anliegen öffentlich zu besprechen.

Dies sei ein guter Vorschlag, meinte Herr Metz von den GRÜNEN. Er wies aber auf die eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten des Straßenbetriebes hin und stellte fest, dass man das Geforderte nicht bekommen würde. Aus seiner Sicht bringe die Vorfahrtsregelung nichts. Er schlage vor, direkt eine Tempo-30-Zone einzurichten mit Berliner Kissen. Er sehe das als einzige Alternative, um die Geschwindigkeit herunterzubringen.

Bis auf die Berliner Kissen seien alle anderen von Frau Borowski erwähnten Einzelpunkte angesprochen worden, meinte Herr Hennig. Die Geschwindigkeit sei von 70 zunächst auf 50 km/h getrichtert worden. Das sei Standard. Die Reflektoren auf den weißen Elementen seien zur Umsetzung auch besprochen worden. Zur Überwachung durch die Polizei könne er aufgrund seiner Zuständigkeit nur das wiedergeben, was ihm selbst gesagt wird.

Frau Borowski stimmte Herrn Metz zu bezüglich der Finanzen. Momentan würden die Bremsschwellen von den Anwohnern favorisiert. Eine Tempo-30-Zone werde man nicht hinbekommen, wenn schon eine 50-Zone nicht eingesehen wird. Frau Borowski erinnerte noch einmal an die Aussage des Herrn Puffe aus einer der letzen Sitzungen, wonach ein vorgeschlagener Zebrastreifen nicht genehmigt würde. Die Verwaltung wollte das klären, hierzu erwarte sie noch eine Aussage.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion stellte fest, dass sich alle Fraktionen mit der Verwaltung einig seien, dass hier etwas zu tun sei und darum halte sie den Vorschlag des Ausschussvorsitzenden für sinnvoll, einen Mitarbeiter des Landesbetriebes einzuladen. Sie

erinnerte aber noch einmal daran, dass die Zuständigkeit bei der Stadt nicht gegeben sei. Ihr fallen noch etliche andere Stellen im Stadtgebiet ein, wo dringender Handlungsbedarf bestehe und wozu der Landesbetrieb auch etwas sagen sollte.

Auch Herr Züll von der FDP-Fraktion unterstrich, dass weitere Themen zur Sprache kommen sollten, wenn ein Vertreter des Landesbetriebes an der Sitzung teilnimmt.

Herr Hennig teilte zum Zebrastreifen mit, dass in solchen Fällen immer die Anzahl der Kraftfahrzeuge mit der Anzahl der Querenden zu einem Verhältnis zubringen ist und das dann über die Anlegung eines Zebrastreifens entschieden wird. Zu diesem Zweck führe das Ordnungsamt entsprechende Zählungen durch.

Die mit dem Vertreter des Landesbetriebes zu besprechenden Angelegenheiten sollten mit einer konkreten Fragestellung bis zum Ende der Sitzungsperiode vor den Sommerferien an die Verwaltung gegeben werden.